

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.-- M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., für Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Bote 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2596.

Interate haben die abgegebene, unparierte Seite oder deren Raum 1.20 M., Wortanzeigen das entsprechende Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Anzeigenaufschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Verkleinerungsanzeigen fällt der Aufschlag fort. Interate für den bevorstehenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9746

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Völkerveröhnung.

## Eine internationale Kundgebung.

Das Herrenhaus, mehr und mehr seiner starren Tradition entkleidet, hat gestern zum ersten Male einen Franzosen in seinen Mauern, den Genossen Colin, der im Auftrage der „Clarté“ nach Deutschland gekommen war, um die Wege für die Völkerverständigung und Völkerveröhnung zu ebnen. Nach einleitenden Worten von Dr. Breitscheid und Professor Einstein, die als Vertreter des deutschen Geistes den französischen Geist nach dem fünfjährigen Völkermorden zu gemeinsamen Kampf für Recht und Wahrheit begrüßten, sprach Alexander Moissi den Prolog der „Clarté“. Dann begann Colin seinen Vortrag, der später von René Schickels zum Teil verdeutscht wurde:

„Ich bin stolz, Ihnen als Erster die Grüße der freien und unabhängigen französischen Geister bringen zu dürfen. Ich und meine Freunde haben immer gegen die imperialistische Politik unseres Regimes gekämpft und jetzt kämpfen wir mit heißem Herzen gemeinsam mit Ihnen gegen die schamlose Zurückhaltung der deutschen Befehlshaber. Nur zwei Aufgaben gibt es, an denen der internationale Geist im Augenblick arbeiten muß, die Völkerveröhnung und die Wiedergutmachung des fünfjährigen Unrechts, und gerade wir Franzosen sind berufen, Ihnen die Hände zu reichen, denn in beiden Ländern herrscht die gleiche Not, wird in gleicher Weise das Recht verweigert. Und gegen das imperialistische Frankreich Clemenceaus sprechen wir im Namen des ewigen Frankreichs, dessen friedliche und gerechtigkeitsliebende Seele von Tag zu Tag an Kraft gewinnt. Und diese Liebe zur Gerechtigkeit und zur Völkerveröhnung gewinnt in allen Ländern wie Holland, Belgien, Italien und England, an deren Spitze ich in den letzten Wochen beobachten konnte, an Kraft. Da aber die Presse überall in der Mentalität der Kriegsgelüste beharrt, und die Verschönerung der absoluten Mißverständnisse weitergeht, müssen wir unablässig für die wahrhaftige Völkerveröhnung kämpfen.“

Colin ging hierauf auf die politischen Verhältnisse Frankreichs ein und betonte u. a., daß entgegen der in Deutschland herrschenden Meinung die Wahlen in Frankreich keinen Erfolg des Sozialismus bedeuten, sondern daß im

Gegenteil die sozialistischen Stimmen um fast 20 Prozent zugenommen haben. So könne man sagen, daß die freiheitsliebenden Intellektuellen und die Arbeiter Deutschlands in Frankreich wie auch in Italien Freunde hätten, die niemals in ihrem Hilfsvertrauen ausfallen würden. Und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Hilfsaktion für das bedrückte Deutschland sei nicht nur unter den Intellektuellen verbreitet, sondern die Notwendigkeit der Völkerveröhnung sei auch den Arbeitern bekannt und von ihnen begeistert aufgenommen worden. Es dürfe nicht wieder kommen, daß wie beim Mord von Serajevo die Intellektuellen versagten, weil sie einander nicht kannten, sondern durch den internationalen Kongreß in Bern sollte die persönliche Bekanntschaft aller Geistigen des Weltalls begründet und ihre Verbindung gestärkt werden. Dann werde die „Clarté“ in Zukunft geschlossen auftreten können, wo auch immer auf der Welt einem Menschen Unrecht geschehe, werde die internationale Vereinigung des Geistes in allen Ländern sein Recht vertreten. Und in dieser Hinsicht glaube er, um so mehr Deutschland jede Unterstützung versprechen zu können, weil die „Clarté“ in Frankreich und vor allem in Paris schon jetzt von weit größerer Bedeutung sei, als die reaktionäre Gegenorganisation von Barrés und Leon Bourget, und da heute im Gegensatz zu 1914 in allen Ländern eine große Schicht von Gerechtigkeitsliebenden vorhanden sei, wir jetzt vor allem versuchen müßten, auf die Arbeiterklasse einzuwirken. In dieser Hinsicht hoffe er, daß die internationale Aktion durch den Zutritt der Deutschen nicht nur gestärkt, sondern daß dadurch der Sieg des Geistes gesichert würde.

Nach dem von dauernden Beifallsstürmen unterbrochenen Vortrag Colins begrüßte ihn eine Vertreterin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Völkerveröhnung, die ausführte, daß die Frauen auch in Zukunft stets für die Freiheit der Völker und die Völkerveröhnung eintreten würden.

In seinem Schlusswort dankte Breitscheid dem Referenten, der als erster Freund und Frankreich nach Deutschland gekommen sei. Er wünsche, daß seine und seiner Freunde Worte und Taten in Deutschland ein Echo fänden. Dann möchte vielleicht auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo ein deutscher Vertreter eine ähnliche Vortragsreise nach Paris bringen könnte. So würde die gemeinsame Front geschaffen, die Front im Kampf für Wahrheit, Fortschritt und Menschlichkeit.

## Herr Hergt, der Catai der Junker.

Vor einiger Zeit haben wir nähere Mitteilungen über die Neukonstituierung der konservativen Fraktion des augenblicklich selig entschlafenen Preussischen Herrenhauses gemacht. Wir gaben Kenntnis davon, daß dieser Grafenklub Ende November unter dem Vorsitz des Grafen Behr-Behrenhoff eine Sitzung veranstaltet hat, und daß er eifrig dabei ist, seinen Fonds „für Beeinflussung der Presse im monarchischen und konservativen Sinne und zur Stärkung des rechten Flügels der deutschnationalen Volkspartei“ zu vergrößern. Auch über die Verwendung dieser Gelder wußten wir einiges auszusagen, so beispielsweise, daß 50 000 Mark dem würdigen Pfarrer Traub für seine „Eisernen Blätter“ zur Verfügung gestellt worden sind, und daß eine beträchtlich höhere Summe der deutschnationalen Volkspartei zugesprochen ist, wofür von dieser als Gegenleistung die Aufstellung von vier besonders namhaft gemachten Mitgliedern der konservativen Fraktion des Herrenhauses bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag gefordert wird.

Von den nach unserer Meinung doch recht beachtenswerten Feststellungen hat die deutsche Presse so gut wie gar keine Notiz genommen. Aber das Ausland hat sich für sie interessiert, und wir erleben jetzt das belustigende Schauspiel, daß sich ein Berliner Abendblatt unsere Mitteilungen aus Basel als Enthüllungen des — Londoner „Daily Chronicle“ telegraphieren läßt. Nicht nur Bücher, sondern auch Nachrichten scheinen ihre Schicksale zu haben.

Aber nicht um dieser Kuriosität willen kommen wir auf die Angelegenheit zurück. Den Anlaß bietet uns vielmehr die Rede, die der deutschnationale Abgeordnete Hergt am Montag in der Preussischen Landesversammlung gehalten hat. Diese Rede war eine scharfe Attacke gegen Revolution und Republik und ein von den sorgfältig ausgewählten Galeriebesuchern lebhaft beklatschtes Bekenntnis zur Monarchie, das, so wenig ungewöhnlich es an sich sein mag, doch immerhin durch die Beziehungen der deutschnationalen Volkspartei zu dem herrenhauslerischen Grafenklub in ein etwas merkwürdiges Licht gerückt wird.

Herr Hergt hat es nämlich für zweckmäßig gehalten, das Ideal einer neuen Monarchie aufzustellen, und behauptet, daß er und seine Partei nicht einfach die Wiederkehr des alten Kaisertums wünschten. Er spricht von einem besonders in sozialem Sinne modernisierten Herrschertum, und das ist ja die Art, in der die Gegner der Republik den breiteren Massen ihre Auffassungen jetzt schmackhaft zu machen suchen. Wohl wissend, daß Wilhelm II. den monarchischen Gedanken aufs ärgste kompromittiert hat, suchen sie nicht nur noch einen neuen Träger der Idee, sondern geben sich auch den Anschein, als strebten sie ein System an, das sich im Wesen von dem alten unterscheiden würde.

Nun kann für einen überzeugten Republikaner auch eine irgendwie modernisierte monarchische Staatsform nichts Verlockendes haben, aber ganz davon abgesehen, ist eine Partei, die sich vom reaktionärsten Junkertum besolden läßt, gar nicht imstande, den altpreussischen Vorstellungen vom Königtum zuwiderzubowdeln, und am allerwenigsten darf Herr Hergt es wagen, wider den Stadel zu lösen. Denn gerade durch seine Hand gehen die Unterstützungssummen, die die Edlen und Erlaubten der vormahligen ersten Kammer den deutschnationalen zuwenden, und wenn irgendeinem, so muß es diesem Mittelsmann bekannt sein, daß die freundlichen Spender den rechten Flügel der Partei, und nicht eine vom Zeitgeist angefränkelte reformerische Richtung stärken wollen. Der Graf York, der Herr v. Buch, der Fürst Münster von Dornenburg, der Landgraf Chlodwig von Hessen, die an der Spitze der Zeichnungsliste stehen, werden sich bedanken, ihr gutes Geld anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen als denen, für die sie die Mithäufigkeiten ihrer Herrenhausmitgliedschaft auf sich genommen haben.

Herr Hergt wird es uns also nicht übel nehmen, wenn wir seinen Versicherungen keinen Glauben schenken, und sie nur als ein taktisches Manöver bemerken, durch das er die Novemberdemokraten und Novemberrepublikaner wieder nach rechts hinüberzuziehen hilft. In seiner Geschicklichkeit kann ja nicht der aller-

## Der Oberste Rat und die deutsche Note.

Paris, 15. Dezember.

Der Oberste Rat der Alliierten versammelte sich unter dem Vorsitz Clemenceaus heute morgen in dessen Wohnung in der Rue Franklin. Der Rat prüfte zunächst die deutsche Antwort vom Montag. Es wurde beschlossen, daß eine Konferenz zwischen den alliierten und deutschen Experten heute stattfinden soll, um den Teil der Note zu erörtern, der sich auf die Forderung der Verankerung der Flotte in Scapa Flow befand. Wiedergutmachung bezieht. Frankreich wird in dieser Kommission durch Admiral Levasseur vertreten sein. Gewisse Teile der deutschen Antwort wurden zur Bekräftigung an die juristische Kommission überwiesen. Die Vertreter der Alliierten haben insgesamt den verständlichen Ton der Note gebilligt. Eine Antwort darauf wird vorbereitet und der deutschen Delegation gegen Ende der Woche übergeben.

Paris, 16. Dezember. (Kobas.)

Die neue deutsche Delegation zur Besprechung der Wiedergutmachungs-Angelegenheit für die Versenkung der Blöße in Scapa Flow ist heute morgen 8.10 Uhr mit dem Güterzug in Paris eingetroffen. Die Delegation begab sich vom Gare du Nord sofort nach dem deutschen Bureau in Paris.

## Pariser Pressestimmen zur deutschen Antwortnote.

Paris, 16. Dezember.

Die deutsche Antwortnote wird im allgemeinen in der Pariser Morgenpresse günstig aufgenommen.

„Matin“ meint, es sei wenig wahrscheinlich, daß man ohne weiteres die Entschädigungsmodalitäten annehmen werde, die die Deutschen vorschlagen. Wenn aber die Alliierten sich dazu verpflichten sollten, ihre ursprünglichen Bedingungen zu mildern, so würden die Milderungen auf keinen Fall den Charakter eines Kompromisses haben.

„Zeit Journal“ sagt, wenn bewiesen würde, wie die deutsche Note es behauptet, daß die Ausführung der Forderungen Deutsch-

land in die Unmöglichkeit versetze, die anderen Verpflichtungen, die ihm der Friedensvertrag auferlege, zu erfüllen, dann würden die Alliierten, wie sie es versprochen hätten, ihre Forderungen mildern.

„Petit Parisien“ meint, es steht jetzt schon fest, daß es unmöglich wäre, die Frage von Scapa Flow zu regeln, ohne maritime Sachverständige zu hören. In keinem Falle könne aber die Diskussion noch sehr lange dauern. Die Ratifizierung des Friedensvertrages dürfe nunmehr als sehr nahe bedrohend bezeichnet werden.

„Gomme Libre“ ist auch der Ansicht, daß nunmehr der Friedensvertrag von Versailles baldigt in Kraft treten werde.

„Figaro“ sagt, der deutsche Vorschlag schmele a priori nicht unannehmbar. Die Deutschen erkannten im allgemeinen das Prinzip des Schadenersatzes an, sie diskutierten nur über die Ziffer und über die Möglichkeiten. Auch der „Gaulois“ ist der Ansicht, daß die Sachverständigen den Wert der deutschen Argumente zu prüfen hätten. In der „Lanterne“ erklärt Odipus, wenn die Dinge sich so verhielten, wie Deutschland sie in seiner Note auseinandersetze, dann seien die Alliierten moralisch verpflichtet, die positiven und detaillierten Vorschläge der Spezialisten von Hamburg über einen anderen Modus der Wiedergutmachung anzuhören.

## England und der Frieden mit Rußland.

H. N. London, 16. Dezember.

In Beantwortung einer Anfrage im Unterhause erklärte Ramsdell, die britischen Vertreter hätten in Kopenhagen Briefe von Litwinow ungeöffnet zurückgeben lassen, da sie keinen Auftrag besäßen, irgendwelche Mitteilungen von dieser Seite entgegenzunehmen. Auf weitere Fragen über die bolschewistischen Friedensversuche erwiderte Lloyd George, falls die Bolschewiken wirklich Frieden schließen wollten, so sollten sie erst einmal bei denjenigen Mächten anfangen, mit denen sie sich im Streit befinden. Zuerst kämen wohl die Herrschaften, Kollischats usw. in Betracht.

bestimmte Zweifel bestehen. Er ist ein vortrefflicher Arrangeur, der im Politischen wie auch auf dem Grenzgebiet von Politik und Geschäft klippig stets zu vermeiden sucht.

Zum Beweise dafür braucht nur noch einmal auf die Finanzierung der „Eisernen Blätter“ zurückgegriffen zu werden. Im Mai dieses Jahres wurde vor einem Berliner Notar der Vertrag unterzeichnet, der den Pfarrer Dr. Gottfried Traub zu Dortmund und den Buchdruckereibesitzer Walter Graef zu Anklam als Gesellschafter der Firma „Eiserne Blätter“ ausliefert. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20 000 M., eine Summe, zu der Herr Graef 12 000 M. in bar und Herr Traub seine auf 8000 M. bewertete Idee beisteuert. Wo aber bleiben die 50 000 M. des Grafen-Flubs? Die Antwort kann uns Herr Sergt geben, der im Juli dem Grafen Behr-Beckenhoff mitteilte, daß in dem Gesellschaftsvertrag das Stammkapital „aus steuerlichen Gründen“ nur auf 20 000 M. ausgewiesen sei. Die 50 000 M. sind also versteckt, denn es wäre ja auch noch schöner, wenn man dieser Judenrepublik Steuern zahlen sollte, und wozu ist man schließlich Finanzminister unter Wilhelm II. gewesen, wenn man solche Kunststücke nicht kennt? Die Junker des Herrenhauses kommen darüber nicht zu kurz, denn so berichtet Herr Sergt dem Grafen Behr: „Daß den Wünschen Euer Hohegeboren verabredungsgemäß stets Rechnung getragen wird, werde ich persönlich überwachen.“

Die Wünsche der Hochgeborenen sind eben der Leidenschaft des Herrn Sergt und seiner sogenannten Volkspartei.

## Eberts Beihilfe zu der Flucht Ludendorffs.

Daß dem großen Feldherrn Erich Ludendorff am 9. November 1918 das Herz in die rotgefärbten Hofen rutschte, ist ebenso begreiflich wie die Tatsache, daß seine bis dahin hurrahschreienden Befinnungsfreunde auf dem Ronde sich samt und sonders für die Ehre seines Besuchs dankten. So mußte Ludendorff in den ersten Tagen der Revolution in Berlin „durchhaften“, bis es ihm mit Eberts Hilfe gelang, ins Ausland zu flüchten.

Die „Neue Berliner“ gibt hierzu interessante Einzelheiten aus „Politikern“ wieder, die das Blatt den Aufzeichnungen Ludendorffs einem Mitarbeiter gegenüber verdankt:

„Nach dem 9. November 1918 war Ludendorff seines Lebens nicht mehr sicher. Es wurde in den Tagen vom 9. bis 12. November in Berlin eine förmliche Treibjagd auf ihn abgehalten und er war gezwungen, jede Nacht an einer anderen Stelle zu schlafen, sich den Warten stellen zu lassen und nur mit einer Wäsche auszugehen. Auch war es ihm unmöglich, auf irgendeinem deutschen Gute Aufnahme zu finden, denn überall, wohin er sich wandte, wurden Ausreden gemacht. Entweder war die Hausfrau krank oder das Haus war voll von Gästen oder der Gutbesitzer sollte verreisen usw. Infolgedessen ließ Ludendorff bei Ebert anfragen, ob die Regierung ihm seine Sicherheit garantieren könne. Im verneinenden Falle erbat er sich einen Paß nach dem Auslande, um dort das Buch über seine Teilnahme am Kriege schreiben zu können. Ebert erwiderte, daß die Regierung für Ludendorffs Leben nicht garantieren könne, aber ein Paß stände zu seiner Verfügung.“

So reiste der General denn mit seinem Begleiter, einem Hauptmann aus dem Kriegsministerium, am Morgen des 12. November von Berlin ab.“

Wenn Ludendorff zu feige war, die Konsequenzen seiner Politik auf sich zu nehmen, so entspricht das durchaus der Mentalität dieses Helden, der vom sturmsüchtigen Hauptquartier aus todesmutig das Leben anderer Leute einlegte. Weit interessanter aber sind die glaubhaften Angaben über die Teilnahme Eberts an der Fluchtvorbereitung. Anstatt Ludendorff zu einer „Fluchtversuchssicherung“ Buchhausecke zu verhelfen, hatte dieser Arbeiterführer in den ersten Revolutionstagen nichts Besseres zu tun, als den Massenflüchtler hinter dem Rücken der unabhängigen Regierungsmitglieder einen falschen Paß zu besorgen, damit Herr Ludendorff ungehindert im Ausland seine Kriegserinnerungen dichten konnte. Fraglos werden die Alldeutschen durch diese vaterländische Tat Eberts ihr Urteil über den Reichspräsidenten erheblich revidieren.

## Arbeit für die Rote-Partei.

Dem „Vorwärts“ ist Hell widerfahren. Triumphierend druckt er Auslassungen Heinrich Ströbels aus der „Weltbühne“ ab, in denen an unserem Leipziger Parteitage nicht nur scharfe, sondern auch die denkbar ungerechteste und ungerechtfertigteste Kritik geübt wird.

Ströbel ist seit langem zum Fanatiker der Demokratie, des Kampfes gegen den Bolschewismus und der Einigung geworden. Er ist dabei fähig vom besten Willen besetzt, hat aber jeden Blick für die Möglichkeiten einer klaren und grundsätzlichen sozialistischen Politik verloren, die alle auf lange verschüttet wären, würde man seiner Taktik folgen. Trotz aller Erfahrungen, die er selbst mit der rechtssozialistischen Politik machen mußte, gibt er sich noch immer der Illusion hin, eine Einigung mit dieser Partei sei möglich, bevor ihr völliger Bankrott offenbar geworden und dadurch ihren Anhängern die Notwendigkeit der Einigung unter der moralischen und prinzipiellen Führung der Unabhängigen Sozialdemokratie klar geworden ist. Er träumt noch immer von einem „demokratisch-sozialistischen Wiederaufbau der Republik“ durch Zusammenschluß der Rechtssozialisten mit den Unabhängigen, obwohl es klar ist, daß die rechtssozialistische Führung den konterrevolutionären Wiederaufbau des Bürgertums weder aufgeben kann noch will. Er sieht nicht, daß die Rechtssozialisten an eine Preisgabe ihrer Führung gar nicht denken, daß aber eine Einigung mit diesen Führern heute eine politische und moralische Kapitulation wäre, die undenkbar ist. Er gibt sich auch über die Richtung dieser Einigung Illusionen hin, die niemand teilen wird, der die wirklichen Machtverhältnisse richtig einschätzt. Er kann sich überhaupt von der Vorstellung nicht losmachen, als läge es bei der Einigungsfrage nur auf den Willen und die Einsicht einiger führender Personen an, anstatt auf den fortschreitenden Revolutionierungsprozeß der Arbeiterklasse selbst.

Deshalb auch die Wut auf alle die, die nicht wollen wie er, und seine anmaßlichen Beschimpfungen sowohl einzelner Personen

als der Gesamtpartei, deren historische Bedeutung als Trägerin des revolutionären sozialistischen Gedankens er übersehen will, er nur den Glauben hat an seine eigenen politischen Rezepte. Deshalb beschuldigt er ihren Radikalismus als unfreiwilligen Helfer der Reaktion und des Koskismus, wie einst die Freisinnigen die Sozialdemokratie als Helferin des Junkertums. Deshalb verleiht er nicht, daß Gen. Dillserding es allerdings stets abgelehnt hat, einen Kampf gegen den Bolschewismus zu führen, während der Bolschewismus und mit ihm das russische Proletariat gegen eine Welt von Feinden zu wehren hatte. Er ist sehr stolz darauf, seine Ansichten ohne jede Rücksicht zu vertreten, während man meinen kann, daß es manchmal nicht gar so schwer ist, fern von der wirklichen Bewegung, isoliert von den kämpfenden Massen, Papiere zu beschreiben, dagegen schwieriger, bei den Massen zu bleiben, auch wenn sie einmal zu sehr fürchten, ein Bewußtsein, nur so die Möglichkeit, aber auch nur dann das moralische Recht zu haben, zu warnen und für seine Warnung Gehör zu verlangen, falls das nötig wird, um Fehler oder Irrtümer zu verhüten.

Ströbel steht heute verärgert beiseite und gerät immer mehr in Gefahr, unfreiwillig der rechtssozialistischen — und das ist der Koskopolitik — Helfer zu werden. Wir ziehen es vor, im Gewußt des Kampfes zu bleiben, ratend und helfend, so lange man auf unseren Rat hören mag, oder als einfache Soldaten in die Reihen zurückzukehren, wenn man glaubt, unseres Rates nicht zu bedürfen, der Geschichte die Entscheidung überlassend, ob unser Rat der richtige gewesen. Wir üben Selbstkritik, wo es das Interesse der Partei erfordert, aber keine Politik häßlichen Besserwissens zur Freude der Gegner. Dazu steht uns die Partei zu hoch, mit der heute die Zukunft des Sozialismus unlösbar verknüpft ist.

## Der Konflikt in der Reichsdruckerei.

W. T. S. meldet:  
Der drohende Konflikt in der Reichsdruckerei, über den heutige Morgenzeitungen berichteten, ist beigelegt, nachdem eine Verständigung über die Auslegung der von der Arbeiterkammer beanstandeten Verfügung erzielt wurde.

Die gesamte bürgerliche Presse hat sich natürlich auf den Fall gestürzt. Einige Blätter suchten zu leugnen, daß überhaupt ein Konflikt bestehe, um danach, wenn er zum offenen Ausbruch gekommen wäre, ihren Lesern mit frecher Stirn vorlegen zu können, die Unabhängigen hätten wieder einmal einen Streik „gemacht“. Die offizielle Meldung bestätigt demgegenüber den „drohenden Konflikt“, und Herr Erzberger, des republikanischen Reiches Finanzminister, bekennt sich schuldig, ihn herauszufordern zu haben. Es ist demnach so, wie wir gestern schrieben: die Reichsregierung hat ihr dem Zentralrat gegebenes Wort gebrochen. Auf diesen Teil unserer gestrigen Betrachtung zu dem Konflikt geht keines der Blätter ein, die wieder eine passende Gelegenheit gefunden und benutzt haben, um ihren wilden Haß gegen die Arbeiterkammer zu bekunden. Daraus basiert eben der Ludergeruch der Revolution“ an, der den demokratischen Ordnungsbildnern wie den nationalistischen Hezern ein gleich schreckliches Parfüm ist. Eine neue Mahnung, daß die Arbeiterkammer immer wieder mit allem Nachdruck auf der Behauptung und Mehrung der Rechte der Arbeitervertretungen bestehen muß.

## Ein vielversprechender Anfang.

Die „Rote Fahne“, das Organ der Zentrale der A. B. D., kündigt eine Sitzung der kommunistischen Arbeiterräte an und entwirft eine Marschroute für sie. Es geht, den Räten neues Leben einzuflöhen und die Massen wieder um die Fahne der Arbeiterräte zu sammeln. Die Massen hätten die Räte verlassen, sie ständen nicht mehr hinter ihnen. Das kommunistische Blatt findet die Ursache dafür nicht zuletzt darin, daß die letzte Wahl der Räte schon zu lange Zeit zurückliegt. Es schreibt:

„Die Arbeiter der Massen von den Räten ist nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die in der Majorität befindlichen unabhängigen sich seit Monaten einer Neuwahl der Räte widersetzt haben. Sie haben damit einen der Grundgedanken des Räteaufbaus, die ständige Erneuerung der Delegierten durch die Wahlkörper, aus Parteidogmen verleiht. Die Arbeiter in den Betrieben haben die lebendige Führung mit ihren Delegierten längst verloren. Die Vollversammlung hat aufgehört, der Willensausdruck des Groß-Berliner Proletariats zu sein.“

Wenn die Dinge in der Tat so liegen, so ist das allerdings ein Mangel der gegenwärtig bestehenden Räte-Körperschaften, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Sucht man indes die Gründe für diese Erscheinung, so muß man schon tiefer schürfen, als die „Rote Fahne“. Mit unwarren Behauptungen gegenüber unseren in der Rätebewegung tätigen Parteigenossen ist der Sache nicht gedient. Obwohl die „Rote Fahne“ einige Zeit nicht existiert hat, ist es doch ihre Pflicht, sich über die Vorgänge in der Bewegung zu informieren, wenn sie darüber urteilen will. Hätte sie das getan, dann hätte sie gefunden, daß gerade unsere Genossen schon vor Monaten zur Neuwahl der Arbeiterräte drängten und alle Vorbereitungen für sie getroffen haben. Und die Wahlen wären längst durchgeführt, wenn — Roske sie nicht mit Gewalt verhindert hätte. Anstatt sich gegen seine und seiner Politik Brutalität zu wenden, benutzt die „Rote Fahne“ das erste Hervortreten der kommunistischen Räte nach dem Belagerungszustand zu einem verleumdenden Anfall gegen unsere Genossen, was um so merkwürdiger ist, als bei den verschiedenen Attaken der Rosketen gegen den Vollzugsrat auch die kommunistischen Vollzugsratsmitglieder reichlich Saate lassen mußten.

Die Grundlage für die vom Vollzugsrat angestrebten Neuwahlen sollte ein Organisationsplan bilden, der ebenfalls das Mißfallen der „Roten Fahne“ erregt hat. Sie schreibt dazu:

„Richard Müller sabotiert den Arbeiterrat, um seine Struktur, den Neuaufbau des Räte-systems, endlich durchzuführen.“

Gegen solche Absichten, die nur zur völligen Zerrüttung der Rätebewegung führen können, muß die Fraktion mit aller Energie protestieren. Es ist wirklich keine Zeit mehr dazu, mit nutzlosen Organisationsexperimenten die Kraft des Proletariats zu vergeuden.“

Dazu wäre vor allem zu sagen, daß auch die neue-

wählten Arbeiterräte in irgendeiner Form organisatorisch zusammengefaßt werden müssen, so daß wohl auch die Kommunisten, wenn sie ernsthaft arbeiten wollen, zu „Organisationsexperimenten“ werden kommen müssen. Und da die Zentrale doch — wenn sie ihre Ansicht nicht inzwischen geändert hat, was man ja nicht wissen kann — die „revolutionäre Betriebsorganisation“ ablehnt, so bleibt ihr nichts übrig, als eine andere Methode zu erfinden.

An die Stelle dieser „Experimente“ und dieser „Sabotage“ muß nun endlich ernsthafte Arbeit und ein klares Programm treten, meint die „Rote Fahne“. Und das klare Programm sieht so aus:

„Der Arbeiterrat soll die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertreten. Er soll alles das befehlen, was die Arbeiter heute an der Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht hindert, er soll die ersten Schritte tun zur Verwirklichung der Sozialisierung. Die Hauptforderungen des Wahlprogramms, über das die Fraktion zu beraten hätte, würden also sein müssen, die Abschaffung der technischen Notdienste als Streikbrecherorganisation der Bourgeoisie, die Aufnahme des Kampfes gegen die vielschicht bald bevorstehende Erneuerung des Belagerungszustandes zur Erhaltung der Bewegungsfreiheit des Proletariats, die Kontrolle der Produktion und Güterverteilung durch die Räte zur Erhaltung der bedrohten Produktion überhaupt.“

Wir finden, daß das weder klar, noch ein Programm ist. Vor allem fehlt die Erklärung, wie das alles gemacht werden soll — und zwar ohne Organisationsexperimente. Aber das die Ende wird wohl noch kommen. Man soll nicht zudiel auf einmal erwarten.

## Kein Betriebsratsgesetz vor Weihnachten.

Das „Betriebsratsgesetz“, das die Regierung der deutschen Arbeiterschaft spenden wollte, das Betriebsratsgesetz, wird nicht fertig. Es kann vor der Vertagung der Nationalversammlung nicht mehr verabschiedet werden, da der Entwurf noch nicht einmal von der Redaktionskommission fertiggestellt ist. Es wird aber versichert, daß man über alle Streitfragen ins Reine gekommen sei. Wir werden also das Kompromißprodukt erst fürs neue Jahr erhalten.

## Haß von Tzjka vor Gericht.

Am vergangenen Montag wurde ein dreiwöchiger Prozeß beendet, der den aus dem Redebour-Prozeß bekannten Vizefeldwebel Ossio von Tzjka wegen angeblichen Raubes, unbefugter Amtsführung, Verpesung usw. vor dem Schwurgericht geführt hatte. Tzjka sollte damals im Ledebour-Prozeß als Junge belunden, daß er zur Ermordung der revolutionären Führer, insbesondere Liebknecht und Ledebours, von militärischen Stellen gedungen worden sei und hierfür, wie auch zu anderen Epitheten und Verfolgungen unabhängiger und kommunistischer Führer gewollige Summen von militärischen Stellen und insbesondere von dem damaligen rechtssozialistischen Kommandanten von Berlin, dem Leutnant Fischer, 24 000 Mark erhalten habe. Seine Vernehmung konnte jedoch damals nicht stattfinden, da er, obwohl das Gericht ihm freies Geleit zugesagt hatte, von der Reichswehr beim Betreten des Gerichtsgebäudes mit sofortiger Verhaftung bedroht wurde. War er doch für diese ein zu unangenehmer Junge.

Tzjka hat nunmehr seine Aussagen als Angeklagter gemacht. Selbstverständlich leugnete Herr Fischer und behauptete, von nichts etwas zu wissen. Der Angeklagte aber blieb bei der Gegenüberstellung mit Fischer fest bei seiner Behauptung, von diesem das Geld zur Ermordung der unabhängigen Führer erhalten zu haben. Er schilderte dann im einzelnen die Vorgänge auf der Kommandantur und bei der sogenannten Kriminalabteilung im Kronprinzen-Palais, die er als die Mörderzentrale bezeichnete. Er erzählte, mit welchen gewaltigen Mitteln und in welcher heimtückischer Weise hier die Dege gegen Unabhängige getrieben wurde. Noch in seinem Schlusswort hielt er alle seine Behauptungen völlig aufrecht, insbesondere erklärte er, zur Übernahme der ihm als Raub ausgelegten Beschlagnahmen auf Grund der Erlaubnis der militärischen Stellen berechtigt gewesen zu sein. Das Gericht folgte seinen Ausführungen insofern, als es einen Raub nicht für vorliegend erachtete, sondern Tzjka nur wegen Erpressung, Amtsanmaßung und unerlaubten Tragens von Uniform und Orden zu drei Jahren Gefängnis verurteilte.

## Die Danziger Stadterordnetenwahlen.

Der Stimmeneinzug der sozialistischen Parteien bei den Danziger Stadterordnetenwahlen erklärt sich aus der Tatsache, daß bei den Nationalversammlungswahlen und Preußenwahlen noch große Truppenformationen und Bataillone in Danzig bestanden und die Soldaten zum größten Teile sozialistisch gestimmt haben. Auch durch die großen Arbeiterentlassungen und die dadurch erfolgte Abwanderung sind Tausende sozialistischer Wähler verloren gegangen. Unser Danziger Parteigänger „Das rote Wort“ schildert den erbitterten Kampf des Bürgerturns, besonders der Deutschnationalen, gegen die Sozialdemokratie. Trotzdem glichen die vereinigten Sozialdemokraten als stärkste Partei in das Stadtparlament. In den Landgemeinden haben die sozialistischen Parteien gut abgeschnitten; sie haben in den meisten Ortschaften die Mehrheit.

## Die Departementswahlen in Frankreich.

Paris, 15. Dezember (Soc.).  
Von den 8000 Ergebnissen der Wahlen zu den Generalräten der Departements sind 2500 bekannt. Die Partei des republikanischen Fortschritts, d. h. der Progressisten und Linksrepublikaner, gewinnt bisher 114 Sitze, die Sozialisten 11 auf Kosten der radikalen Sozialisten, die 118 Sitze, und der Konserverativen und Mitglieder der Aktion Libérale, die 12 Sitze verlieren.

Der 2. Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschloß in seiner heutigen Sitzung, die mündlichen Vernehmungen in der dritten Woche des Januar wieder aufzunehmen. Die Entscheidung auf den Einspruch des Staatsministers a. D. Helfferich wurde festgelegt; sie wird nach erfolgter Zustellung bekanntgegeben.

Einstellung des Zugverkehrs in Oesterreich. Infolge der ungünstigen Kohlenlieferung hat die Staatsbahnenverwaltung jetzt verfügt, daß vom Sonntag, den 21. d. M., an bis einschließlich 28. Dezember die Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs erfolgen soll; nur die Lebensmittelzüge werden verkehren.

Die Fortsetzung des amerikanischen Stahlarbeiterstreiks wurde von der Leitung des Stahlarbeiterverbandes beschlossen, da der grundsätzliche Kampf auf den Eisen der Arbeiterschaft besteht.

# Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, den 16. Dezember 1919.

## Anfragen.

Abg. Dellus (Dem.) verweist auf die Notlage der 4000 aus Ostpreußen vertriebenen Beamten und Lehrer. Unterstaatssekretär Lewald: Die Reichsregierung wird der Nationalversammlung beim Zusammentritt noch Weihnachten ein Bericht über die Entschädigung der vertriebenen Ostpreußen vorlegen. Vorher soll ein Entschädigungsverfahren eingeleitet werden.

Abg. Dr. Quard (Soz.) weist darauf hin, daß die süddeutschen Staaten sich gegen den Zugang von Ostpreußen und Schlesien vielfach absperrten. Die Frage dieser Bevölkerungsverschiebung wird daher einleitend auf preussische Gebiete, welche während gleichzeitig die Lebensmittelpreise aus Ostpreußen ebenfalls abgenommen sind. Darunter leidet besonders Frankfurt a. M.

Abg. Regierungsrat Dr. Glos vom Reichsarbeitsministerium: Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkte, daß ein solches Verbot mit der Verordnung vom 23. Juli 1919 in Widerspruch steht und rechtlich unwirksam ist. Die Verordnung vom 23. Juli 1919 bestimmt, daß in jedem Fall Flüchtlingen und Vertriebenen regelmäßig Auskunft gewährt werden muß. Durch die Vorschriften des neuen Entwurfs der Verordnung gegen den Lebensmittelmangel wird zweifellos hergestellt werden, daß eine rechtliche Grundlage, Flüchtlingen den Zugang zu verweigern, nicht mehr besteht.

Abg. Schiele (Dnat.) stellt eine Anfrage wegen des Beamtenrechts. Er fordert eine eindeutige Erklärung der Regierung, daß die Verbindung „Treu der Reichsverfassung“ nur soviel wie „Beobachtung der Verfassung“, bedeuten solle. Es ist zu erwarten, daß damit auch das Verbot der Treue zur republikanischen Staatsform überhaupt verfallen wird.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Es liegt der Reichsregierung durch die Fassung des Eides etwas anderes vor. Durch die Fassung des Eides ist in seiner Tätigkeit die Bestimmung, die Verfassung getreulich zu beachten. Es muß erwartet werden, daß der Beamte jeden Mißbrauch vermeiden wird. Das hieraus resultierende polizeiliche Verbot zur Erfüllung der Aufgaben eine Zurückhaltung in der Ausübung ihrer politischen Pflichten haben müssen. In der parlamentarischen Staatsform besteht ein Beamter hat den Eid nur mit Vorbehalt leisten können. Eine solche Stellungnahme mußte der Reichsregierung als Eidesbruch angesehen werden. Die Reichsregierung erwartet, daß die Beamten sich in lokaler Beachtung ihres Eides an dem Widerstand des Reiches beteiligen werden.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über

## Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Darauf will das Reich Fernleitungen und Krafterzeugungwerke übernehmen. Den Kommunen wird das Recht gegeben, die Verteilungsbetriebe zu übernehmen. Die Entschädigung der Anstalten, die bereits vor dem Kriege bestanden, kann nach den Berechnungen über den Ertragswert der drei letzten Kriegsjahre berechnet werden. Die in den einzelnen Ländern aus verschiedenen Energiequellen (Wasserkräfte) gewonnenen Elektrizitätsmengen müssen, soweit sie im eigenen Lande gebraucht werden, in erster Linie diesem zur Verfügung stehen. Die Verteilung soll kaufmännisch-technisch sein. Die Reichsregierung erteilt einen Verweis auf die fünf Vertreter des Reichstags, des Reichsausschusses, der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, sowie aus 20 Sachverständigen.

Abg. Krüger-Bohmann (Soz.): Eine billige Sozialisierung ist nur dann möglich. Eine solche besteht nicht darin, daß wir irdische Wirtschaftsbetriebe in den Besitz der Kommune übergeben.

## Die politische Demokratie ist die Voraussetzung jeder wahren Sozialisierung.

Gerade die lautesten Schreier nach Sozialisierung sehen sich vor diese Voraussetzung hinweg. Die Wirtschaft drängt, ganze Betriebe zur einheitlichen Versorgung mit Elektrizität zusammenzuschließen. An den Stellen, wo Kohlen- oder Wasserkräfte vorhanden sind, muß man große Werke bauen und mit ihnen die umliegenden Bezirke versorgen. Die kleinen Werke mit kleinem Verbrauch werden ausgeschaltet. Die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft ist eine Frage der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Darum braucht man aber nicht zu verkennen, was für große Erfolge auf diesem Gebiet der Privatwirtschaft und auch den Kommunen beschienen sind. Von der Ordnung der Elektrizitätswirtschaft hängt die Wirtschaft in Deutschland in großem Maße ab. Vorläufig soll die Sozialisierung grundrissig festgelegt und bestimmt werden. Das ist der Zweck dieses Gesetzes. (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Bais (Dem.): Wir sind befriedigt davon, daß es möglich gewesen ist, den Gemeinden eine bessere und freiere Stellung zu geben, als es der ursprüngliche Entwurf gelien hat.

Abg. Damerow (Dnat.): Wir werden keine einheitliche Stellung zum dem Gesetz einnehmen; der größere Teil wird gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Marsch (D. Sp.): Meine Fraktion billigt das Ziel der Sozialisierung und begrüßt die Initiative des Reichsausschusses. Wir beantragen entsprechende Erziehung der Entschädigung.

Abg. Dente (U. Soz.): Wir lehnen das Gesetz ab, da es den Sozialisierungsvorhaben, während es in Wirklichkeit sozialistische Wirtschaft bedeutet.

## Rachmittags-Sitzung.

Präsident Hehenbach eröffnet um 8 Uhr 15 Min. wiederum die Sitzung und teilt mit, daß der Staatsminister Meyer die Verhandlungen mit allgemeinem Einverständnis auf Aussetzungen verzögerte, da wesentliche Einwendungen gegen die Vorlage nicht gemacht worden seien. (Beifall.)

Der Grundgedanke § 1 wird darauf angenommen, ebenso die folgenden Paragraphen. Art. 109 der Deutschen Verfassung, die den Staatspräsidenten, die Entschädigung nach dem gemeinsamen Recht zu übernehmen, werden abgelehnt. Die Vorlage wird schließlich unter Ablehnung von Anträgen der Deutschen Volkspartei gegen die Unabhängigen in zweiter Lesung angenommen.

Dem Vorschlag, sodann auch die dritte Lesung vorzunehmen, wird nicht Folge gegeben werden, da Abg. Dente (U. Soz.) widerspricht. (Zuruf h. d. Soz.: Große Kinder!)

## Das Umsatzsteuerergesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Umsatzsteuerergesetzes. Nach § 1 unterliegen der Umsatzsteuer: 1. Lieferungen und sonstige Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit im Inland zum Entgelt ausführt. 2. Entnahmen von Gegenständen aus dem eigenen Betrieb, um sie zu Zwecken, die außerhalb der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit liegen, zu gebrauchen oder zu veräußern. 3. Lieferungen auf Grund einer Versteigerung, auch wenn der Auftraggeber keine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausübt, es sei denn, daß die Versteigerung im Wege eines Nachkaufes oder unter Mithilfe zur Lösung eines Nachkaufes erfolgt oder Grundstücke und Berechtigungen betrifft, auf welche die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden.

Abg. Dente (U. Soz.): Es ist uns gelungen, die Vorlage sozialer Charaktere zu geben. Von Wert ist für uns, daß die Einkommensteuer für Hauswirtschaftsgegenstände beseitigt ist. Die Jahre 1400 Millionen Mark einbringen sollen und hätte be-

sonders die Kinderbedürftigen betroffen. Dafür mußte die allgemeine Umsatzsteuer um 1 auf 1 1/2 Prozent erhöht werden. Wir beantragen, daß eine Doppelbesteuerung des gleichen Betriebes für verschiedene Produktionszweige ausgeschlossen wird, da sonst die volkswirtschaftliche Entwicklung gehemmt würde.

## Die Umsatzsteuer ist zunächst ein Provisorium.

desse Schicksal für uns abhängig von der Beschließung des Reichstages, einer früheren Progression der Einkommensteuer (Aufsehrlich: noch mehr?) und Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Wir haben keine Freude an dieser Steuer. Wir bewilligen sie aus Rücksicht darauf, daß so schwer getroffene Land, und darum muß unter Handeln ehestich bewertet werden. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Schlad (Zentr.): Durch die Einführung der Staffelung der Steuerhöhen ist die Vorlage im Ausmaß verbessert worden.

Abg. Wehlich (Dnat.): Das Gesetz hat im Ausmaß erhebliche Verbesserungen gebracht. Für die allgemeine Steuer erhebt der Satz von 1 1/2 Prozent ziemlich hoch. Das unglückliche Gebilde der Umsatzsteuer muß für gewisse Industriezweige vernichtend wirken.

Abg. Waldstein (Dem.): Der Satz von 1 1/2 Prozent ist bei der letzten anormalen Preisbildung nicht halber. Wir hatten im Ausmaß bevorzugt, die Angelegenheit auf 8 Prozent festzusetzen. Dieser Antrag ist aber abgelehnt worden.

Das Gesetz bewegt sich — Nächste Sitzung Mittwoch, 10 Uhr: Umsatzsteuer, eisech, Reichstagsprotokoll.

# Preussische Landesversammlung.

## Dritte Lesung des Staatshaushalts.

Aus Anlaß der 100. Sitzung zog sich Keiser eine Anerkennung der Deutschen Volkspartei für seine umfängliche — lies: gegen die Unabhängigen gerichtete — Geschäftsführung zu. Der Abg. Gornisch (D. Sp.) behauptete zwar, den Einheitsstaat zu fordern, wurde jedoch alle Mühe auf das Zusammenbringen der Gegenargumente.

Nach ihm hielt Ministerpräsident Girsch eine langatmige Rede: Wir werden dem Antrag zum Einheitsstaat zustimmen. Allerdings soll das Werk der Verfassung nicht durch die Einheitsbestrebungen behindert werden.

Die Wahlen würden jetzt Versuche für die Mehrheitsparteien erteilen.

Die Parteien, die nichts getan haben, als Kritik zu üben, die haben es leicht. Wer beiseite getreten und auf die Regierung geschimpft hat, wird bei den Wahlen in äußerst günstiger Lage sein.

Bei Beurteilung des Marktschmelzes muß die Stimmung jener Zeit berücksichtigt werden. Die wirklich Schuldigen müssen bestraft werden.

Dabei dürfen wir an den unabhängigen Künstlern des Bürgerkriegs nicht vorübergehen.

(Stürmischer Widerspruch h. d. Unabh.) Daß Rosenfeld nicht dabei war, weiß ich. (Heiterkeit.)

Wir sind keine Parteiregierung. Zahlreiche Beamte kontervaire Richtung sind noch im Amt. Diese dürfen aber im Dienste keine Politik gegen die Regierung treiben. Wir arbeiten planmäßig auf die Demokratisierung der Verwaltung und Gesetzgebung hin. Wenn das langsam vorwärts geht, so nur, weil mehr als 70 Jahre nichts geschehen ist.

## Minister Heines Unerschämtheit.

Minister Heine: Wir müssen nach dem Ergebnis des Reichstags die Unabhängigen mit der Möglichkeit neuer revolutionärer Erhebungen rechnen. (Zuruf h. d. Unabh.) Aber der Artikel 48 der Reichsverfassung gibt dem Präsidenten so wirksame Maßnahmen in die Hand, daß wir es wagen können, den Belagerungszustand aufzuheben.

Unklarerweise haben wir jetzt auch eine schlagfertige Polizei.

(Zuruf: Militär.) Es wird nicht mehr vorkommen können, daß Frauen mitten in der Nacht mißhandelt und im Norden von Berlin 88 Polizeireviere ausgeplündert werden von Leuten, die Ohnen, Herr Abg. Hoffmann, nahehehen. (Abg. Hoffmann empört: Sie lügen wie immer!) Der Präsident ruft nicht etwa Heine, sondern Abg. Hoffmann zur Ordnung.

Heine (fortfahrend): Ich wiederhole, durch Leute, die Ihnen nahehehen. (Erneute stürmische Unterbrechung. Abg. Hoffmann: Beweisen Sie das!)

Heine (fortfahrend): Sie wollen doch nicht bestreiten, daß der Abg. Eichhorn auf den Vinken Ihrer Partei in der Nationalversammlung sitzt? (Abg. Hoffmann: Ist das Ihr Beweis?) Die unabhängige Presse tut alles, um in der Frage der Sicherheitspolizei die französische Presse gegen Deutschland zu machen. Heine verbreitet sich dann über die Einheitsstaatsidee, über die Verfassung und über die Verwaltungsreform.

Abg. v. Barhoff: Wir fühlen uns nicht mitverantwortlich für die herrschenden Zustände. (Gelächter.) Was gestern mein Parteifreund Hergt ausführte, werden wir bestritten bis in die entferntesten Winkel des Landes. Sie haben ja gar kein Verständnis für die Notwendigkeit einer parlamentarischen Opposition. (Zuruf.) Die Opposition hat die Aufgabe der konstitutionellen Kontrolle. Soll der Parlamentarismus bestehen, kann er darauf nicht verzichten. Minister Heine hätte wegen seiner verheerenden Art, in der er meinem Parteifreund Graefe vor vier Wochen gegenübertrat, um Entschuldigung bitten müssen.

Wir haben permittiert, daß der Ministerpräsident offen und ehestich erklärt hätte: wir haben am allen Preußen manches anzusehen gehabt, erkennen aber gerne an, daß es ein Staat des Rechts und der Gerechtigkeit gewesen ist.

## Die Ernährungsschwierigkeiten

werden im Frühjahr mit bitterer Grausamkeit vor dem Volk erziehen. Sie sind auf die Eingriffe in die Landwirtschaft zurückzuführen. Die Einwanderung aus dem Osten stellt eine schwere Gefahr dar. Wir treiben keine Katastrophendramatik. Da mühten wir dummer sein als wir sind. Wir würden alle die Reime mit einem Schläge erteilen, die uns entgegenstehen. Es ist auch ein tödliches Verbrechen, wir leisteten der Entente Vorschub.

Nach einer kurzen Entgegnung Heines tritt Heilmann von den Rechtssozialisten auf den Plan. Aus seinen Worten seien hier nur die wiedergegeben, die er gegen unsere Partei richtete. Er sagte: Sie gehen Irrlichtern nach, die ungewissheit in den Sumpf des Unterganges führen. Seien wir doch ganz offen: Der ganze Mitternacht ist im Laufe der Zeit bemutet Schwindel geworden, an den kein Mensch mehr glaubt.

Die „Freiheit“ hat festgestellt, daß keine Mitternacht möglich ist, weil die Entente dies nicht dulden würde und weil das Land die Stadt bewohnbaren würde. Sie einmal den Unabhängigen die Stadt plötzlich in den Schoß, so würden sie sie nicht lange aufrecht erhalten können. Das Wort der Unabhängigen muß auch gegeben, daß in Rußland eine Diktatur einer handvoll Führer der kommunistischen Partei über die Arbeiterenschaft herrsche, daß der Kapitalist und die Werkmeister unter hoher Bezahlung zurückgehoht seien und auf dem Lande von Sozialismus überhaupt nicht mehr gesprochen werde.

Ein in einem hiesigen Gefängnis wohnender sehr kluger russischer Genosse hat einem Führer der Unabhängigen anläßlich seines Besuchs die Frage vorgelegt, was die Unabhängigen zuerst tun würden, wenn sie zur Regierung kämen. Nachdem er dreimal daneben geraten hat, erhielt er folgende Aufklärung: Abg. müßte

entweder die Zwangswirtschaft aufheben oder die Höchstpreise auf das Dreifache erhöhen. Das sagt ein Mann, der in Rußland Erfahrungen gesammelt hat. Dort hungert und verhungert der Arbeiter, und darum sage ich:

tausendmal lieber Koffau als Moskau.

Wir verurteilen die schrecklichen Taten des Militarismus ebenso auf schärfste, wie die der Unabhängigen und Kommunisten. Der Rest des alten Militarismus muß radikal beseitigt werden.

Den Deutschen Nationalen und dem gesamten Bürgertum zum Trost versichere Heilmann schließlich noch, seine Partei wolle den Kapitalismus keineswegs beseitigen, sondern ihn zu höherer Wirtschaftlichkeit weiterentwickeln.

Nächste Sitzung heute mittag 12 Uhr.

# Gewerkschaftliches.

## Der Streik bei Wertheim.

Der Streik bei der Firma K. Wertheim macht sich ganz empfindlich bemerkbar. Da die Räume überhaupt nicht oder nur unzureichend gereinigt werden, hat sich in allen Ecken Staub und Schmutz angesammelt. Am unangenehmsten ist die Kälte fühlbar. Die Verkäuferinnen bedauern in Valetots und mit Weitzagen oder Umhängeländern. Die Firma hatte vom Arbeitsnachweis Arbeitskräfte verlangt, die Arbeitslosen machten aber sofort wehr, da sie trotz der herrschenden Not keine Streikbrecher werden wollten. Die nicht streikenden Angestellten verweigern ebenfalls Streikarbeit.

Die Firma hat bekanntlich große Vialate anschlagen lassen, nach denen sich alle Streikenden, die bis Dienstag nachmittag 3 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen haben, als entlassen betrachten können. Diese Drohung verpuffte vollkommen, denn um 3 Uhr versammelten sich die Streikenden vollständig im Lustgarten zu einer Versammlung unter freiem Himmel, in der die Streikleitung einen Bericht über die Streiklage gab. Einstimmig wurde beschlossen, weiter im Streik zu verharren, trotz aller Drohungen und Sprechversuche der kapitalistischen Firma. Der Betriebsrat der Angestellten teilte in der Versammlung mit, daß die Angestellten auf der Seite der Streikenden stehen würden. Ob es zu einem Kompromiß kommt oder nicht, unterliegt der Entscheidung der gewerkschaftlichen Instanzen.

Am Mittwoch vormittag beschäftigt sich das Schiedsgericht mit der Angelegenheit.

## Gegen die Pensumarbeit in der gesamten Stapelkonfektion.

Der Streifenleiter K. K. wurde sich in einer Versammlung der Brötchen- und Kaffeebäckereien der gesamten Stapelkonfektion, am Montag schärfstens gegen die in der Branche herrschenden Mißstände. Die Zwischenmeister würden stets mit dem Argument antworten, daß die Arbeitnehmer selbst Pensumarbeit verlangen. Von jedem Verhandlungspartner müsse verlangt werden, daß Pensumarbeit unter allen Umständen abgelehnt wird. Die Werkstättenkontrolle würde deshalb auf der ganzen Linie mit aller Schärfe durchgeführt werden, damit endlich der 8-Stunden-Tag durchgesetzt würde. Zwischenmeister, die auf Pensumarbeit bestehen, sollen dem Verbandsrat sofort gemeldet werden.

Für die Entlassungsfragen wurde für die bei Zwischenmeistern beschäftigten Arbeitnehmer ein neuer Tarifvertrag ausgearbeitet. Nach kurzer Aussprache wurde der Tarif einstimmig angenommen.

## Gehaltsbewegung im Versicherungsgewerbe.

Die Arbeitgeber beabsichtigen, wie uns gemeldet wird, ihre Tarifklausuren so weit zu treiben, daß sie aus der Abschaffung des freiwilligen Tarifbindungsgesetzes Kapital schlagen wollen.

Kolleginnen und Kollegen! Laßt Euch nicht verblüffen! Es steht ungewissheit fest, daß der Tarifvertrag zum 1. Januar 1920 gekündigt ist. Eine Begründung des Kündigungsschreibens wäre an sich gar nicht erforderlich gewesen. Daß es erfolgt ist, will der Arbeitgeberverband gegen uns ausklammeln. Das Recht empfinden jedes aufgeklärten Menschen muß sich gegen eine derartige Vergewaltigung der deutschen Sprache sträuben. Kolleginnen und Kollegen! Ihr müßt jetzt, worum es sich handelt. Wir wiederholen also nochmals, nicht einschüchtern lassen, so bei uns das Recht ist.

## Zentralverband der Angestellten.

Gratifikation Gewerbe! Jeden Sonnabend von 5-7 Uhr Auskunftsleistung und „Blod“-Ausgabe bei Baum, Stallkreierstr. 47. Nr. 5 „Gratifikation Blod“ ist erschienen!

Für die Angestellten der Damenwäsch-, Schürzen-, Unterrock- und Kinderkleidungskonfektion ist endlich nach wochenlangen Verhandlungen ein Tarif zustande gekommen. Er sieht für jugendliche Angestellte Gehälter von 60 bis 270 M. in den ersten sechs Berufsjahren vor. Nach vollständigem 9. Lebensjahre erhalten Telefonisten, Radfahrer, Kulturisten, Diktaturschreiber usw. 315 bis 415 M., Expedienten, Abnehmer, Kontoforrentbuchhalter usw. 385 bis 465 M., selbständige Verkäufer, selbständige Buchhalter, Korrespondenten usw. 450 bis 575 M., Bureauleiter, Disponenten, Reisende 600 bis 750 M. Überstunden werden mit 8 M. pro Stunde bezahlt. Für Lehrlinge und Jugendlichen unter 17 Jahren sind Überstunden unzulässig. Lehrlinge erhalten im 1. Lehrjahre 18 Arbeitstage, im 2. und 3. Lehrjahre 12 Arbeitstage, alle übrigen Angestellten 9 bis 19 Arbeitstage Urlaub. Der Tarifvertrag ist im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, erhältlich.

Neue Gehaltsregelung für die Zubehörgeschäfte. Am 1. November sind nachsichende Gehälter für kaufmännisches Personal in Kraft getreten: Lehrlinge im ersten Halbjahre 60 M., im zweiten Halbjahre 70 M., im zweiten Jahre 100 M., Lageristinnen 130 bis 325 M., Verkaufsdamen, Kassierinnen usw. 150 bis 360 M. Der Tarifvertrag ist im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, erhältlich.

D. W. F. Angellager. Sämtliche ausgesparten Kollegen und Kolleginnen Mittwoch, mittags 12 Uhr bei Dietze, zur Auszahlung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bilder aus dem  
Marloh-Prozess  
in der  
FREIEN WELT 31

# JANDORF

Belle-Alliance-Straße Große Frankfurter Straße Brunnen Straße Kottbuser Damm Wilmsdorfer Straße

## Wirtschaftsartikel

- |                                   |                                 |
|-----------------------------------|---------------------------------|
| Wirtschaftswagen ..... 24.50      | Isolierflaschen ..... 10.50     |
| Brotschneidemaschin. 25.50        | Napfkuchenform ... 8.50, 9.50   |
| Kaffeemühlen mit Einlage .. 22.50 | Brot Dosen lackiert ..... 19.50 |

**2 Gasplättchen** mit Erhitzer, Garnitur **33.00**

- |                                  |  |
|----------------------------------|--|
| Teelöffel Aluminium ..... 75 Pk. | 6 Messer u. 6 Gabeln im Etal 32.50       |
| Esslöffel Aluminium ..... 1.25   | Robbhaarbesen ... 18.50, 22.50           |
| Messer und Gabel ..... Paar 5.50 | Rasierapparate ..... 7.50, 9.75          |
| 6 Teelöffel im Etal ..... 8.50   | Garnitur Sand, Soda, Seife, Emaille 7.95 |
| 12 Teelöffel im Etal ..... 13.75 | Wannen oval, Emaille .. 28.75 32.50      |

**Geschäftsschluß abends 7 Uhr**

Sonntag den 21. Dezember  
von 1 bis 6 Uhr geöffnet

## Porzellan

- |  |
|--|
| Kaffeekannen Rosendekor ..... 3.75 5.75                                      |
| Milchtöpfe Rosendekor ..... 1.35 1.65  |
| Zuckerdosen Rosendekor ..... 1.95  |
| Tassen mit Untertassen, Rosendekor ..... Paar 1.75 1.95                      |
| Butterglocke Blumendekor ..... 2.95  |
| Geleedose Rankendekor ..... 1.75   |
| Kindertasse mit Untertasse, dekoriert, verschiedene Muster ..... Paar 95 Pk. |

## Kaffee-Geschirre

- |  |
|--|
| für 2 Personen, 5 Teile, mit modernem Blumendekor ... 8.75 11.75 |
| Mit reichem Irisdekor .. 18.75                                   |

## Kinder-Essgeschirr

- |   |
|---|
| mit bunten Bildern, höchst dekorativ, 1 Teller tief, 1 Teller hoch, 1 Kompotteller, 1 Tasse mit Untertasse ..... 5.75 |
|---|

### Theater und Vergnügungen.

Volksbühne, Theater am Kottbusdamm, 7.05 Uhr von Berlin

Opernhaus 7 Uhr Picoletto.

Schauspielhaus 7 Uhr Wilhelm Tell.

Deutsches Theater 7 Uhr Jaakobs Traum.

Kammerpiele 7. U.: Gespenstersonate

Großes Schauspielhaus 7. Uhr Orestie (11. Abt. I. Abt.)

Carl Weinhard - Rud. Bernauer Theater I. d.

Königsgrüner Straße 18. U.: Schloß Wetterstein

### Lessing - Theater

Direktion: Viktor Baronsky

Deutsches Konsil-Theater

Schniepels Lene

Rose-Theater

Walhalla-Theater

Apollo-Theater

Wintergarten

Arcus Busch

Trianon-Theater

Maskerade

### Komödienhaus

am Montag, 22. Dezember, 1/2 8 Uhr:

zum 25. Male:

„Sie“

Schönes und reines Gesicht

C. Weisart

Ulster Anzüge

Möbel-Gross

Praktische Weihnachtsgeschenke

Spezial-Arzt

Plasigo-Ankauf

### Tanz Schuhe

Straßenstiefel

Stiefelkönig

Vor Verkauf von

Quecksilber und Silbernitrat

Metallkontor

Alte Gebisse

Bitte Annoncen vergleichen

Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter M. 7.50

Platin, Gramm Mark 125.50

Für arme Wiener Kinder zahlen außerdem:

von 300 Mark an

1- u. 2-Stuben-Einrichtungen

Bar oder Kredit!

Möbel-Gross

Praktische Weihnachtsgeschenke

spezial-Ärzt

Plasigo-Ankauf

### Damenmode

elegante Ulster-Jacken

Kostüme, Kleider

Blusen und Röcke

Herrenulster

in nur guten Qualitäten

B-FEDER

Zähne von 3

Bei Bestellung eines Gebisses

Plomben von 3 M.

Schriftliche Garantie.

Spez.: Kronen - Brücken -

Zähne - Goldplatt.

Zahn-Praxis

E. Brotman

Invalidenstr. 15

vorn I.

Ueber Tagespreis 28

für Platin, Gold, Silber

Platinzähne nicht unter 6,50

Frau Linke, Blücherstraße

Port. II, 2 Treppen, 8-8 Uhr

Gardinen

Herzig, Dresdener Straße

Platin, Gramm 120,-

Platin-Zähne nicht unter 7,-

Alte Gebisse bis 1000,-

Frau Knuth, Zionskirchstraße 24

Plasigo-Ankauf

Plasigo-Ankauf

Plasigo-Ankauf

### Juwelen kauft zu hohem Preis

J. Weinstock G.m.b.H.

Uhren

### H. Krömer

Berlin N, Oranienberger Straße 65.

Verkaufsstellen: Oranienburgerstr. 67.



